

Wahlen Zürich

Filippo Leutenegger will Stadtpräsident werden

ZÜRICH Filippo Leutenegger (FDP) will Zürcher Stadtpräsident werden, um auf die strategischen Fragen der Zukunft die richtigen Antworten zu geben. Vor den Medien sagte er gestern, dass er bezüglich Unternehmenssteuerreform und Stadtspitaler eng mit der Kantonsregierung zusammenarbeiten möchte.

Über das Wochenende wurde publik, dass sich die bürgerlichen Parteien der Stadt Zürich auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Stadtpräsidium geeinigt haben. Severin Pflüger, Präsident der FDP Stadt Zürich, sagte gestern vor den Medien: «Es muss sich etwas ändern in der Stadt.» Deshalb haben sich die Parteipräsidenten auch auf ein Fünfticket für die Stadtratswahl 2018 geeinigt.

Filippo Leutenegger, der kommenden Jahr als bisheriger Stadtrat zur Wahl steht, hatte sich bis gestern Mittag nicht zu den Meldungen um seine Person geäußert. Er habe die Sitzung vom Vormittag mit dem Forum Zürich abwarten wollen, sagte er am Nachmittag an der Medienkonferenz. Die Vereinigung der Wirtschaftsverbände unterstützt seine Kandidatur.

Zur Nomination sagte Mauro Tuena, Präsident der Stadtzürcher SVP, Leutenegger sei sicherlich der richtige Mann. Als Stadtrat wisse er, wo die Probleme lägen. «Er sieht in den Kuchen hinein», sagte Tuena. Ausserdem sei Leutenegger ein ausgezeichnete Wahlkämpfer.

Bereits 2014 war der damalige Nationalrat Filippo Leutenegger sowohl ins Rennen um einen Stadtratssitz als auch um das Stadtpräsidium eingestiegen. Als Stadtrat wurde er gewählt, die Amtsinhaberin Corine Mauch (SP) konnte er jedoch nicht verdrängen. (sda)



Peilt zwei Amtszeiten als Zürcher Stadtpräsident an: Filippo Leutenegger. Bild Key

Journal

Ab 2018 wird die Stiefkindadoption möglich

BERN Das revidierte Adoptionsrecht tritt auf den 1. Januar 2018 in Kraft. Die Möglichkeit der Stiefkindadoption steht künftig nicht mehr nur Ehepaaren, sondern auch Paaren in einer eingetragenen Partnerschaft oder in einer faktischen Lebensgemeinschaft offen. Nach geltendem Recht können nur verheiratete Personen das Kind ihrer Partnerin oder ihres Partners adoptieren.

Schneider-Ammann trifft Medwedew-Vize

MOSKAU Bundesrat Johann Schneider-Ammann hat gestern zu Beginn seiner Russlandreise in Moskau Igor Schuwalow getroffen, den ersten Stellvertreter von Ministerpräsident Dmitri Medwedew. Die Mitglieder der mitgereisten Schweizer Wirtschaftsdelegation konnten Probleme bei ihren Geschäften in Russland darlegen. Das Gespräch von Schneider-Ammann mit dem russischen Vizeministerpräsidenten habe eineinhalb Stunden gedauert und sei sehr offen geführt worden, sagte Erik Reumann, Sprecher von Schneider-Ammanns Departement.

Zwei von drei sind nicht dafür

Bei der SVP-Initiative, welche die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigen will, treten die Schaffhauser SVP-Parlamentarier Hurter und Germann auf die Bremse. Einzig der parteilose Minder will das Abkommen schnellstmöglich loswerden.

VON ALEXA SCHERRER

SCHAFFHAUSEN Die SVP will der Personenfreizügigkeit (PFZ) den Garaus machen. Mithilfe der Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung soll das Abkommen mit der EU aufgehoben oder gekündigt werden – das Volksbegehren soll bis Ende Jahr zusammen mit der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) lanciert werden. Das Vorhaben bringt die bürgerlichen Schaffhauser Parlamentarier – Vertreter eines Grenzkantons – in die Breddouille. Zumindest zwei von drei. Denn die beiden SVP-Vertreter, Nationalrat Thomas Hurter und Ständerat Hannes Germann, wollen eine Kündigung der Bilateralen keinesfalls in Betracht ziehen. Germann etwa hat die Ankündigung der SVP «mit einer gewissen Zurückhaltung» zur Kenntnis genommen. Seiner Ansicht nach brauche es jetzt eine Güterabwägung, ob es möglich sei, die Personenfreizügigkeit zu kündigen und dennoch zu den restlichen Bilateralen zu stehen. Allerdings findet er den Zeitpunkt der Initiative «etwas speziell»: Wegen des Brexit seien die Prioritäten in der EU gesetzt. «Den Spielraum für Konzessionen seitens der EU schätze ich eher klein ein», sagt Germann.

«Muss man sich gut überlegen»

Ob er hinter der Initiative stehe oder nicht, lässt er sich nicht eindeutig entlocken: «Der Inhalt der Initiative ist ja noch nicht einmal bekannt. Blind unterschreibe ich sicher nicht einfach alles», sagt der Ständerat. Er stehe aber dahinter, die Zuwanderung besser steuern zu können. Bevor es ans Eingemachte gehe, solle man zuerst einmal abwarten, ob die beschlossene Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative etwas bewirke. Es sei allerdings Fakt, dass es beim Thema Zuwanderung grundsätzliche Fragen gebe, die ungeklärt seien. «Und in der Wahrnehmung dieser Probleme gibt es zwischen mir und der SVP keine Differenz», sagt Germann. Es gehe nicht nur um die Zuwanderung zum Arbeitsmarkt, sondern vor allem um die Zuwanderung ins Sozialsystem – «hier gehören die Ungereimtheiten beseitigt». Wo man die Zuwanderung nicht brauche – etwa bei den weniger qualifizierten Arbeitskräften – könnte man laut Germann den Hebel noch verstärkt ansetzen. «Für diejenige Zuwanderung, die für unseren Forschungs- und Entwick-



Laut SVP-Ständerat Germann könnte der Hebel bei weniger qualifizierten Arbeitskräften verstärkt angesetzt werden. Bild Key

lungsstandort wichtig ist, sollten wir hingegen offen bleiben.» Gegen das Hauptproblem – für Germann die Zuwanderung innerhalb des Asylrechts – könne man aber sowieso wenig ausrichten. «Diese beiden Seiten darf man nicht vermischen. Ob man wegen Problemen im Asylbereich die Beziehungen mit dem wichtigsten Handelspartner gefährden will, muss man sich schon gut überlegen», fasst Germann zusammen.

Auf einer ähnlichen Argumentationslinie fährt Nationalrat Hurter. Er werde sich anschauen, welche Varianten die SVP präsentieren wird, aber: «Die Bilateralen aufzukündigen – da mache ich sicher nicht mit.» Die Schweiz sei bilateral stark geworden, und auf diesem Weg sollte auch weitergegangen werden. Dennoch fordert Hurter von der Schweiz, gerade im Bereich der Zuwanderung Position zu beziehen. Er würde auf die Festlegung von «klaren, einfach umsetzbaren» Höchstzahlen setzen – «dann wäre die EU am Zug. Und dann müssen wir halt verhandeln.» Dafür müsse man der EU aber kein Abkommen kündigen.

Nichtsdestotrotz sei es an der Zeit, zu überlegen, wie viele Einwohner für die Schweiz vernünftig seien und wie

entsprechende Entwicklungen aussehn sollten. «Aus diesem Grund hat die Bevölkerung ja die Masseneinwanderungs-Initiative angenommen», sagt Hurter. Die Schweiz sei das Land mit der höchsten Einwanderungsquote in Europa. «Alle Rechnungen – ob von links oder von rechts – gehen davon aus, dass die Einwohnerzahl in den kommenden Jahren von 8,5 auf 10 Millionen ansteigen wird. Dann stellen sich in den verschiedensten Bereichen Kapazitätsfragen: in der Infrastruktur, in der Bildung, bei den Sozialleistungen.»

«So schnell wie möglich kündigen»

«Mit aller Vehemenz ein Verfechter der Kündigungs-Initiative» ist hingegen der parteilose Ständerat Thomas Minder. Er gehört im Parlament der SVP-Fraktion an und unterstützt das Vorhaben – «in welcher Form auch immer». Denn: «Die Personenfreizügigkeit ist ein Produkt, das mehr negative als positive Erscheinungen hat. Man sollte sie so schnell wie möglich kündigen.» Die Schweiz weise mit 24 Prozent bereits einen sehr hohen Ausländeranteil auf, und diese Ausländer machten wiederum fast die Hälfte der Arbeitslosen aus. «Wir können nicht jedes Jahr

praktisch die Einwohner des Kantons Schaffhausen in die Schweiz lassen, während unser Land ja um keinen Quadratmeter grösser wird. Das ist nicht nachhaltig», sagt Minder. Die Kreise, welche sich für die Personenfreizügigkeit einsetzen, sollten – wenn schon, denn schon – den Mut haben, «die ganze Welt reinzulassen, damit die Schweiz überall Arbeitskräfte rekrutieren kann.» Aber das schlage ja keiner vor. «Zum Glück nicht. Aber es wäre konsequent», sagt Minder.

Die PFZ habe einzig für die Wirtschaft einige positive Seiten. Aber bei nationalen Interessen könne man nicht nur auf die Wirtschaft schauen. «Und das sage ich als Mann aus der Wirtschaft», so Minder.

Weniger Egoismus in der Wirtschaft sähe auch Germann als Vorteil: Es brauche ein Umdenken im Kopf gewisser Personalchefs, gerade wenn es um ältere Arbeitnehmer gehe. Sie könnten nicht alle Vorteile eines offenen Marktes und liberaler Arbeitsbedingungen nutzen, ohne ihre Eigenverantwortung wahrzunehmen. «Die Unternehmen müssen mehr Verantwortung für das Gesamtwerk Schweiz übernehmen», sagt Germann.

G20-Krawalle werfen Wellen in der Schweiz

Nach dem G20-Gipfel melden sich in der Schweiz jene zu Wort, die gewaltbereite Demonstranten härter anpacken wollen. Die Präsidentin der Jungsozialisten kritisiert aber auch die Polizei.

(CVP) verlangte zusätzliche Kompetenzen für den Nachrichtendienst im Bereich Gewaltextremismus.

VON TOBIAS BÄR

ST. GALLEN Vom Hamburger Gipfeltreffen werden nicht die Gruppenfotos der Staats- und Regierungschefs in Erinnerung bleiben, sondern die Bilder von enthemmter Gewalt. Die Krawalle lassen auch Schweizer Politiker nicht kalt. FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen (BE) bezeichnete die Chaoten auf Twitter als «Terrorbrüder». CVP-Präsident Gerhard Pfister meinte auf demselben Kanal: «Das Gewaltpotenzial dieser Leute übertrifft Neonazis locker.» Und der für seine Forderungen nach einer schärferen Gangart bekannte Stadtberner Sicherheitsdirektor Reto Nause

tion eindeutig von den Polizeikräften aus.»

An den Kundgebungen beteiligten sich auch Schweizer Staatsbürger; ein Sonderzug hatte sie von Basel nach Norddeutschland gebracht. Die linksalternative Berner Reitschule blieb am Wochenende aus Solidarität geschlossen. Gemäss Angaben der Hamburger Polizei wurden fünf Schweizer festgenommen, gegen einen Schweizer ordnete die Staatsanwaltschaft Untersuchungshaft an.



«Am Donnerstag ging die Eskalation eindeutig von den Polizeikräften aus.»

Tamara Funicello
Juso-Präsidentin

Härtere Strafen

Funicello reiste selber nicht nach Hamburg, sie hat sich aber mit Schweizer Teilnehmern ausgetauscht. Darunter fänden sich sehr «kundgebungs-erprobte Leute. Ein derart repressives Auftreten von Sicherheitskräften haben sie aber noch nie erlebt.» Diese

Argumentation sei «widerwärtig», entgegnet Christian Wasserfallen. Derselbe Erklärungsansatz werde jeweils auch nach Ausschreitungen im Umfeld der Reitschule bemüht. «Ob die Beamten offensiv auftreten oder ob sie sich im Hintergrund halten, ändert gar nichts an der Gewaltbereitschaft der linksextremen Szene.» Wasserfallen bezeichnet den Linksextremismus als «gegenwärtig grösste Gefahr für die öffentliche Sicherheit im Land. Und der politischen äusseren Linken fällt es sichtlich schwer, sich von diesem gewaltbereiten Milieu zu distanzieren.» Wasserfallen und andere bürgerliche Politiker nahmen die Ausschreitungen in Hamburg zum Anlass, die Forderung nach härteren Strafen für Gewalt gegen Beamte aufzuwärmen. Im März hatte sich der Ständerat gegen das Ansinnen ausgesprochen, eine Mindeststrafe von einem Jahr einzuführen. Mehrere Vorstösse mit ähnlicher Stossrichtung sind noch hängig. Das Justizdepartement will bis Ende Jahr einen Bericht vorlegen, wie Schweizer Beamte besser vor Gewalt geschützt werden können.